(KR/AM)
Heute unter anderem zu diesen Themen:

1. Banker dürfen weiter prassen
2. Banken dominieren den Ölmarkt
3. Experten ohne Kontrolle: Die Grenzen globaler Selbstregulierung der Rechnungslegung
4. Westerwelle wettert gegen "staatlich bezahlte Faulheit"
5. Transformation einer Kirche – die fatalen Folgen einer Agenda-Mentalität
6. Eine Zierde für das Klingelschild
7. Arbeitsplatz Hochschule – zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität"
8. Studienplatzbörse der HRK floppt – Studentischer Dachverband kritisiert Studienplatzvergabesysteme
9. Uni-Lotto online
10. Was uns mit Schwarz-Gelb blüht
11. Rumänen, Esel und eine Entschuldigung
12. Bundesagentur für Arbeit erwartet von neuer Bundesregierung besseren Schutz der Arbeitslosen
13. Kontamination der Köpfe: Wie aus Mist Marmelade gemacht wird – über die Berlusconisierung der BRD
14. Kontamination der Köpfe: Aktivitäten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft an Schulen
15. Dekontamination der Köpfe: „Neues aus der Anstalt" wieder geöffnet – letzte Therapie vor der Bundestagswahl
16. USA: Traurige Bilanz am Tag der Arbeit
17. Bundeswehr in Afghanistan: Schluss mit den Ausreden!
18. Drei Beiträge zu Pakistan
19. Libyen erpresst Grossbritannien
20. Zu guter Letzt: Reinhard Mey – Sei wachsam

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Banker dürfen weiter prassen**
   Banker können weiter Boni in unbegrenzter Höhe einstreichen. Die Finanzminister der 20 führenden Volkswirtschaften können sich nicht auf eine Obergrenze einigen. Die Finanzminister beauftragen allerdings das internationale Finanzstabilitätsforum, für den Weltfinanzgipfel der Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. September konkrete Vorschläge für eine Regulierung der Boni auszuarbeiten. Thema in London war auch die Gefahr durch Banken, die wegen ihrer Größe und Vernetzung als systemrelevant und daher als "too big to fail" (zu groß zum Sterben) gelten. Die G20-Finanzminister sprachen sich dafür aus, diese Institute strenger zu überwachen und zu regulieren.
   Quelle: FR

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Weiter so auf der ganzen Linie. Ein Stabilitätsforum wird beschlossen, dabei hatten die Regierungen monatelang Gelegenheit, Ideen zu entwickeln und sich abzustimmen. Die große Angst scheint gebannt, das Zeitfenster für ernsthafte Maßnahmen ist zu.*

2. **Banken dominieren den Ölmarkt**
   Für Autofahrer war die Sache ohnehin klar: Die Benzinpreise werden von Spekulanten getrieben. Das stimmt, belegen jetzt Daten der US-Aufsicht CFTC. Denn professionelle Investoren haben nicht nur die größten Positionen am Ölmarkt. Sie setzen auch ganz überwiegend auf steigende Preise. Zum ersten Mal wies die US-Terminbörsenaufsicht Commodity Futures Trading Commission (CFTC) die Positionen von Swap-Händlern – das sind Banken, die im Auftrag von Kunden handeln – sowie Hedge-Fonds und Commodity Trading Advisors (CTAs) gesondert aus. Das Ergebnis: Die Finanzinvestoren treten überwiegend als Käufer auf und stellen kommerzielle Teilnehmer wie Ölfirmen und Fluggesellschaften in den Schatten.
   Quelle: FTD
3. **Experten ohne Kontrolle: Die Grenzen globaler Selbstregulierung der Rechnungslegung**
   Die Diskussion über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wird von der Einsicht beherrscht, dass es an grenzüberschreitender Aufsicht und Regulierung für Finanzprodukte und die handelnden Akteure mangelt. Diese Erkenntnis ist richtig und falsch zugleich. In der Tat haben die vielfältigen Innovationen bei Finanzmarktprodukten, die Zinspolitik der Notenbaken und eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs große Regelungslücken entstehen lassen, die vielfach ausgenutzt werden. Und dennoch lässt sich die Krise nicht nur auf mangelnde internationale Regulierung zurückführen. Die Krise mitverursacht haben auch Regeln, die seit

einigen Jahren jenseits nationalstaatlicher Grenzen gemacht werden. Das Beispiel der internationalen Rechnungslegungsstandards zeigt, dass auch bereits bestehende grenzüberschreitende Regeln zur aktuellen Finanzkrise geführt haben. Es lohnt sich ein genauerer Blick auf die Standards der Rechnungslegung sowie das Institutionengefüge, in dem sie entstehen. Dabei zeigt sich, dass Experten weitgehend unabhängig agieren können und Regeln geschaffen haben, die vor allem an den Informationsbedürfnissen von Kapitalmarktakteuren ausgerichtet sind.
Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH [PDF – 48 KB]

4. **Westerwelle wettert gegen "staatlich bezahlte Faulheit"**
Es ist ein klassisches Thema der Liberalen, im Wahlkampf kommt es nun wieder auf die Agenda: der angebliche Sozialmissbrauch in Deutschland. FDP-Chef Guido Westerwelle sagte der "Saarbrücker Zeitung", im Falle eines Wahlsiegs werde seine Partei scharfe Korrekturen in der Sozialpolitik vornehmen. "Die Treffsicherheit des Sozialstaates muss größer werden", sagte Westerwelle. "Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit."
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung Orlando Pascheit: *Guido Westerwelle ist ganz bei seiner Wählerklientel, indem er die heutige FDP von all ihren Verkleidungen befreit und auf ihren antisozialen Kern skelettiert. Westerwelles FDP geht es nicht um die Selbständigen, den Mittelstand, ja nicht einmal um die sog. Besserverdienden. Wir müssen uns einer bitteren Wahrheit stellen, dass er eine relativ große Gruppe von Wählern anspricht, die aus höchst eigensüchtigen Beweggründen den Sozialstaat so weit es eben geht minimieren möchte. Denen das Wort sozial oder solidarisch zutiefst zuwider ist und mit kommunistisch gleichgesetzt wird; denen die Agenda 2010, denen die Deregulierung des Arbeitsmarktes, denen Steuersenkungen nie weit genug gehen können; denen selbst die Reregulierung der Finanzmärkte ein Dorn im Auge ist, da sie dieselbe Klientel bilden, an die sich Herr Ackermann wendet, wenn er der Deutschen Bank eine Rendite von 25 Prozent verschreibt. Es ist eine Gesellschaftsschicht, denen das Leben und Wirtschaften ein Nullsummenspiel ist, wobei es darauf ankommt, sich auf der Gewinnerseite zu platzieren und dafür zu sorgen, dass es so bleibt. Nebst einer effektiven Propaganda, die das Spiel der Nutzenmaximierer als Win-Win-Spiel propagiert, wird der Staat nur insoweit akzeptiert, indem er das ungehemmte Spiel der Nutzenmaximierer garantiert. Diese neuen „Liberalen", neoliberale wäre eine Schmeichelei, finden ihr Ideal in einigen Spitzenmanagern vor allem des Bankensektors, denen es gelingt, aus einen kurzfristigen Vorteil, auch wenn er oder obwohl er langfristig zu Lasten eines Unternehmens bzw. der Allgemeinheit geht, das Optimum, das meist für ein ganzes Leben reicht, für sich herauszuholen. Der Staat hat*

letztlich nur noch die Funktion, ein Wiederaufleben der „Terreurs“ zu ersticken.

5. **Transformation einer Kirche – die fatalen Folgen einer Agenda-Mentalität**
   Nun wäre es Aufgabe der Kirchen, sich konsequent auf die Seite derer zu stellen die unter die Räder geraten. Viele wollen das wohl auch – eigentlich. Doch es ist ein bedrückender Weg, den die EKD in ihren öffentlichen Äußerungen vom Sozialwort aus dem Jahre 1997 bis zur Unternehmerdenkschrift aus 2008 genommen hat. Nachweislich wurden einstmals relativ klare sozialethische Positionen verwässert und in ihr Gegenteil verkehrt. Ähnlich bedrückend ist die Abwicklung verschiedener Institutionen des sozialen Protestantismus wie z.B. die Sozialakademie Friedewald und die Überführung des Restbestandes in die konsistoriale Umarmung der EKD-Behördenstruktur. Eine Kirche, die sich dem Rat von Mc Kinsey anvertraut und die Transformation zu einem modernen Dienstleistungskonzern als Leitbild entwickelt, verändert sich auch mit ihrer Wirkung in die Gesellschaft hinein. Wer sich als Leiter einer Diakonischen Einrichtung oder eines kirchenleitenden Gremiums als Manager und Unternehmer empfindet, der nimmt auch im gesellschaftlichen Diskurs eine modifizierte Position ein. Die EKD jedenfalls ist kaum mehr die Stimme derer, die auf Grund ihrer fehlenden materiellen Ressourcen sich selbst kein Gehör verschaffen können. Gewiss wird sie mehrheitlich nicht geleitet von neoliberalen Hardlinern. An ihrer Spitze stehen allerdings immer noch zu viele, die eine tiefe Sehnsucht nach Respekt und Anerkennung der wirtschaftlich Starken haben und die daher auf ihre Weise dem Einfluss des Geldes erliegen.
   Auf seltsame Weise ähnelt die Entwicklung der EKD der einer einstmals stolzen Volkspartei, die durch ihren Agendakurs eine tiefe Entfremdung zu denen herbeigeführt hat, deren Interessen sie vorgeblich vertreten wollte und die sie in der Vergangenheit einmal zahlreich gewählt haben.
   Quelle: Zwischenrufe zu Kirche und Gesellschaft
6. **Eine Zierde für das Klingelschild**
   Handel mit Doktortiteln ist ein Symptom für die Ökonomisierung der Hochschulen Angesichts der Bestechungsvorwürfe gegen Professoren an deutschen Hochschulen, die Geld für die Annahme von Promotionskandidaten kassiert haben sollen, sorgt sich die Hochschulrektorenkonferenz um den guten Ruf der Zunft. Doch Kenner der Hochschulszene halten die bekannt gewordenen Fälle lediglich für die Spitze des Eisberges.
   Quelle: Neues Deutschland
7. **Arbeitsplatz Hochschule – zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität“**
   Unsere zentrale Botschaft lautet: Die akademische Wissensproduktion ist zunehmend

zu einem kollektiven Arbeitsprozess geworden. Universitäten und Fachhochschulen, die ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit steigern wollen, sind daher zwingend darauf angewiesen, die Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten – der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Hilfskräfte und Lehrbeauftragten – insgesamt positiv zu gestalten.
Die Arbeitsbedingungen müssen offensiv und mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit zum Thema gemacht werden. Denn auch eine an unternehmerischen Prinzipien orientierte Hochschule basiert auf Arbeit, auf der Arbeit aller ihrer Mitglieder.
Quelle. Friedrich Ebert Stiftung
(8.9.2009, 8:30 Uhr: Link nicht erreichbar)

8. **Studienplatzbörse der HRK floppt – Studentischer Dachverband kritisiert Studienplatzvergabesysteme**
Die Studienplatzbörse wird immer noch als großartiges Angebot für die Studierenden dargestellt. Doch nach dem Vergabechaos der letzten Semester, dass zu viele unbesetzten Studienplätzen trotz hoher BewerberInnenzahlen geführt hat, profitieren in der Hauptsache die Hochschulen. Florian Kaiser stellt fest: "Viele Hochschulen haben noch keine Zulassungsbescheide verschickt. Somit bewerben sich bei der Studienplatzbörse viele BewerberInnen, die eigentlich schon zugelassen sind. Hierin offenbart sich die Sinnlosigkeit solcher Vergabesysteme."
Es ist bezeichnend, dass der Start der Online-Börse von einem technischen Problem begleitet wurde. Der Zugang zur Börse war zeitweise behindert. Dies zeigt deutlich, dass der Bedarf an Studienplätzen mal wieder völlig unterschätzt wurde. Wie sonst lässt es sich erklären, dass der Server durch die Überlast zusammenbrach?
Quelle: fzs

Anmerkung WL: *Siehe: Hochschulzulassung: Vom Versagen der Politik und der Scheu vor Verantwortung*

Siehe auch:

9. **Uni-Lotto online**
Die zum 1. September an den Start gegangene Internetbörse für noch unbesetzte Studienplätze droht zum Rohrkrepierer zu werden. Auch am zweiten und dritten Tag nach Eröffnung von www.freie-studienplaetze.de führte die Suche immer wieder ins Leere. Wem es dennoch gelang, zur Suchfunktion vorzudringen, auf den wartete die nächste Enttäuschung: Für ganz Deutschland bietet das Online-Portal bisher lediglich zwischen 350 und 400 Angebote an. Bereits am Dienstag war das System gleich zum

Auftakt um neun Uhr zusammengebrochen. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die das Projekt zusammen mit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) initiiert hatte, schob den Fehlstart auf einen Angriff von Computerhackern. Plausibler ist aber, daß die Technik einfach unter der Last der Aufrufe kollabierte. Nach Schätzungen der HRK waren zu Beginn des Wintersemesters 2008 bis zu 20 Prozent der Anfängerplätze unbesetzt geblieben – nicht aus Mangel an Bewerbern, sondern wegen fehlender Koordination. Inzwischen ist rund die Hälfte der Studienfächer zulassungsbeschränkt, und jede Hochschule kocht ihr eigenes Süppchen bei deren Besetzung. Interessenten behelfen sich deshalb mit Mehrfachbewerbungen und erhalten mitunter auch mehrere Zuschläge. Weil es kein zentrales Melde- und Vergabesystem gibt, führt das zu der absurden Situation, daß viele Anwärter zunächst auf der Strecke und zugleich zahllose Plätze an Unis und Fachhochschulen verwaist bleiben. Im Vorjahr konnte die Lücke erst nach einem zähen Nachrückverfahren geschlossen werden, das zum Teil bis ins Semester hineinreichte.
Quelle: Junge Welt

10. **Was uns mit Schwarz-Gelb blüht**
Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. meldet schon mal ihre Wünsche an. Hier ein Auszug:
Unternehmen benötigen bei der Gestaltung der Arbeitszeit ein Höchstmaß an Flexibilität, um insbesondere Schwankungen bei der Auftragslage durch die jeweilige Anpassung der Arbeitszeit ausgleichen zu können. Die gesetzlichen Begrenzungen der Arbeitszeit sind auf europäische Vorgaben zurückzuführen, Aufzeichnungspflichten müssen gelockert werden.
Der bürokratische und komplizierte allgemeine Teilzeitanspruch im Teilzeit- und Befristungsgesetz muss abgeschafft werden.
Die sachgrundlose Befristung eines Arbeitsverhältnisses muss bis zur Dauer von fünf Jahren möglich sein.
Schutzbedürftigen Arbeitnehmergruppen ist durch Beschäftigungsanreize mehr geholfen als durch Sonderpflichten zu Lasten der Arbeitgeber. Darum muss der Sonderkündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen auf den Prüfstand.
Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist Zeitarbeit ein unverzichtbares Personalinstrument geworden, dessen Flexibilität erhalten und ausgebaut werden muss. Das Erlaubnisverfahren muss vereinfacht werden, überflüssige statistische Meldungen sind abzuschaffen und unnötige Reglementierungen zu beseitigen.
Quelle: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. [PDF – 960 KB]

11. **Rumänen, Esel und eine Entschuldigung**
Armin Laschet hat Sorgen. Der über die Grenzen des größten Bundeslandes hinaus bekannte Integrationsminister befürchtet, dass das “einzigartige Integrationsklima”

durch die aktuelle Debatte über die Wahlkampfauftritte von Jürgen Rüttgers leiden könnte. Rüttgers Worte sorgen trotz seiner Entschuldigung weiter für Wirbel, weil er die entsprechenden Zitate mehrfach benutzt hat und sie Teil seiner Standardrede im Wahlkampf waren. Für Duisburg und Münster existieren Bilddokumente, in Bonn hat er sich ähnlich ausgedrückt; übrigens ohne dass die neben ihm stehende Parteichefin Angela Merkel sein Verhalten öffentlich gerügt hat.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Orlando Pascheit: *Man kann durchaus die Verlagerungsstrategien international agierender Unternehmen diskutieren. Man kann sogar, wie es in Studien zu Rückverlagerungen auch geschieht, darauf hinweisen, dass Kostensenkung und qualitative Anforderungen bei der Produktion im Ausland nicht immer zusammengehen, aber nicht durch persönliche Verunglimpfung ausländischer Arbeiter. Das Schlimme ist, dass Rüttgers mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit nicht fremdenfeindlich eingestellt ist, aber die Xenophobie seiner Mitbürger instrumentalisiert.*
Anmerkung Roger Strassburg: Vergessen wir dabei nicht, dass Rüttgers auch in früheren Zeiten im ausländerfeindlichen Sumpf gefischt hat. Erinnern wir uns mal an seine "Kinder statt Inder"-Kampagne.

12. **Bundesagentur für Arbeit erwartet von neuer Bundesregierung besseren Schutz der Arbeitslosen**
Die Bundesagentur für Arbeit erwartet von der nächsten Bundesregierung eine bessere Absicherung von Arbeitslosen. "Die neue Bundesregierung wird überlegen, wie das Risiko Arbeitslosigkeit besser abgesichert werden kann. Sie wird darüber nachdenken, wie der Schutz durch die Arbeitslosenversicherung wieder verbessert werden kann. Das muss sicherlich ein Thema in der nächsten Legislaturperiode sein", sagte Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit (BA), dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Dienstag-Ausgabe). Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Arbeitnehmer, die arbeitslos werden, keine Versicherungsleistung, kein Arbeitslosengeld I bekommen, sondern gleich in die Grundsicherung (Hartz IV) rutschen sagte Alt: "Das ist keine positive Entwicklung". Er widersprach nicht der These, bei solchen Tendenzen werde die Arbeitslosenversicherung ihrem Namen nicht mehr gerecht. Die neue Regierung hat, so Alt, mehrere Stellschrauben, um den Versicherungsschutz zu verbessern. Sie kann die Mindestdauer einer Beschäftigung für Versicherungsleistungen kürzen oder die Rahmenfrist verändern, in der diese Anwartschaft erworben werden muss. Sie könnte auch überlegen, "wie atypische Beschäftigungsverhältnisse für die Arbeitslosenversicherung beitragspflichtig werden

können", um den Übergang zu Hartz IV zu vermeiden.
Quelle: Presseportal

Anmerkung M.B.: *Da können wir Herrn Alt sicher zustimmen. Und wie soll das von einem Beitragssatz finanziert werden, der innerhalb von wenigen Jahren um mehr als die Hälfte reduziert wurde?*

13. **Kontamination der Köpf: Wie aus Mist Marmelade gemacht wird – über die Berlusconisierung der BRD**
In Italien bestimmt Silvio Berlusconi die Politik, in Frankreich ist es Nicolas Sarkozy – beide dominieren die Medien und damit die gesellschaftliche Diskussion. Das Ergebnis ist bekannt: In dem einen Land herrschen mittlerweile rechtsextreme, mitunter gar faschistische Strukturen, das andere wird ebenfalls durch eine immer rechter werdende Politik geprägt. In Deutschland ist es nicht sehr viel anders – dort fehlen zwar vergleichbare Großmoguln, die öffentliche Meinung wird aber in ähnlicher Weise kontaminiert.
Die Mechanismen, die dazu führen, hat Albrecht Müller jetzt in seinem Buch »Meinungsmache« analysiert. Dabei setzt er sich von dem populären Begriff Gehirnwäsche ab – es sei das falsche Bild für den mentalen Vorgang, wie man eine Meinung in die Köpfe bekommt: »Bei einer Gehirnwäsche wird ja etwas gereinigt; bei den ›Berlusconis‹ in Italien, in Frankreich, Deutschland oder sonstwo muss man aber eher davon sprechen, dass von ihnen die Gehirne der Menschen systematisch verunreinigt werden.«
Quelle: junge welt

Anmerkung AM: *Eine weitere Besprechung von „Meinungsmache".*

14. **Kontamination der Köpfe: Aktivitäten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft an Schulen**
    - **FOCUS Schülerwettbewerb 2009/2010: „Schule macht Zukunft"**
    Unter dem Motto "WIR 2020 – Zukunft denken – Verantwortung übernehmen" startet die 14. Runde des Wettbewerbes: Raus aus den Klassenzimmern – rein in die Praxis! Für die Siegerteams geht es nach Singapur und in die USA! Darüber hinaus gibt es zahlreiche Reisen zu Innovations- und Technikzentren innerhalb Deutschlands zu gewinnen. Alle Lehrer und Schüler der Klassen 8 bis 13 werden zur Teilnahme aufgerufen.
    Quelle 1: Wirtschaft und Schule (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Anmerkung: *Folgende Jury wird dann die Wettbewerbsbeiträge bewerten.*
Quelle 2: Focus

- **Jugendstudie 2009 des Bankenverbandes: "Jugend will wissen, wie die Wirtschaft tickt"**
  Die Jugend will wissen, wie die Wirtschaft tickt", betont Prof. Dr. Manfred Weber, Geschäftsführender Vorstand des Bankenverbandes, bei der Vorstellung der Jugendstudie 2009 – Wirtschaftsverständnis und Finanzkultur.
  Quelle: Wirtschaft und Schule (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

- **Planspiel Ökoeffizienz-Analyse**
  BASF SE hat aus der Ökoeffizienz-Analyse für Mineralwasserverpackungen ein Planspiel erarbeitet, das sich sehr gut für Schulen eignet. Diese Ökoeffizienz-Analyse erlaubt es, bei der Entwicklung und Optimierung von Produkten und Verfahren Ökonomie und Ökologie gemeinsam zu betrachten und die effizienteste Methode auszuwählen. Es gilt optimal anzuwendende Produkte mit guter Umwelt- und Kostenstruktur zu realisieren.
  Quelle: Wirtschaft und Schule (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

15. **Dekontamination der Köpfe: „Neues aus der Anstalt" wieder geöffnet – letzte Therapie vor der Bundestagswahl**
    Frisch erholt und für den Wahlk(r)ampf-Höhepunkt gewappnet öffnen Anstaltsleiter Urban Priol, sein Patientensprecher und die anderen Alter Egos von Georg Schramm ihre Tore. Zur Kurztherapie schauen am 8. September vorbei: Jochen Malmsheimer, Wilfried Schmickler und Erwin Pelzig.
    Quelle: ZDF
16. **USA: Traurige Bilanz am Tag der Arbeit**
    Beim geplanten Gewerkschaftspicknick in Ohio, bei dem US-Präsident Obama eine Rede über den Arbeitsmarkt halten soll, wird nicht zu verschweigen sein, dass die Rezession laut offiziellen Angaben bis Ende Juli 6,7 Millionen Jobs vernichtet hat. Trotz Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung wurden im August weitere 216.000 Arbeitsstellen gestrichen. Obamas großes Reformversprechen, nämlich die Verabschiedung eines neuen US-Gewerkschaftsgesetzes, rückt zudem in immer größere Ferne. Ein vergangene Woche vorgestellter Bericht verschiedener US-Stiftungen kommt zu dem Ergebnis, dass es gegenwärtig schlechter um die US-amerikanischen ArbeiterInnenrechte bestellt ist, als in den drei Jahrzehnten zuvor.
    Quelle: TAZ

Anmerkung AM: *19. Jahrhundert.*

17. **Bundeswehr in Afghanistan: Schluss mit den Ausreden!**
    Die lautstarke Forderung, der Afghanistan-Konflikt und die deutsche Rolle dort dürften nicht in den Wahlkampf gezogen werden, ist absurd. Denn das Thema Afghanistan gehört genau dahin.
    Quelle: STERN
18. **Thema Pakistan**
    - **Vergifteter Glaube: Wie Pakistan zu einem «Epizentrum des Terrors» wurde.**
      Pakistans historische Erfahrung zeigt, dass die Religion nicht als einendes Band eines Staatswesens dienen kann – dass sie sich aber sehr wohl für irdische Zwecke missbrauchen lässt.
      Quelle: NZZ

    - **Pakistan – ein Land übt Verrat an seinen geistigen Vätern**
      Was 1947 mit viel Verheissung als nationalstaatliche Heimat der Muslime des indischen Subkontinents geschaffen worden war, liegt zwei Generationen später in Trümmern. Vertan ist das Erbe des Quaid-e-Azam, des Staatsgründers Muhammad Ali Jinnah.
      Quelle: NZZ

    - **Blind gegenüber der islamistischen Gefahr**
      Das pakistanische Militär, das im Land noch immer den Ton angibt, bleibt auf den traditionellen Erzfeind Indien fokussiert. Die Gefahr, die von islamistischen Extremisten ausgeht, wird heruntergespielt, weil man hofft, diese weiterhin als Instrument zur Destabilisierung und zur Einflussnahme in den Nachbarländern einsetzen zu können.
      Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Die NZZ stellt über die Tagesaktualität hinaus in lesenswerten Beiträgen Pakistan vor, das sich im Vergleich zu Afghanistan zu einem ungleich bedrohlicherem Krisenstaat entwickelt. Deutlich wird vor allem, dass die Krisen in dieser Region nicht einfach einer strukturellen Unterentwicklung geschuldet sind, sondern sowohl auf das Scheitern der heimischen Eliten als auch auf das Eingreifen fremder Mächte zurückzuführen ist.*
Wer sich für die Geschichte der Region interessiert, sei auf die Ausstellung zur

Gandhara-Kultur in Zürich verwiesen, einer Hochkultur, die sich in der Antike auf die Region um die heutige Stadt Peschawar erstreckte, die heute das Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan bildet. Mit Wehmut vergegenwärtigt man sich gerade an diesem Ort die Vergänglichkeit kultureller Hochleistungen, der heute von Krieg und fundamentalistisch religiöse Intoleranz geprägt ist, und damals dem Buddhismus sein Gesicht gab, um sich von hier aus über die Seidenstrasse nach China bis nach Japan auszubreiten.

Quelle: NZZ
Quelle: NZZ

19. **Libyen erpresst Großbritannien**
Öl-Verträge haben bei der Entlassung des Lockerbie-Attentäters eine entscheidende Rolle gespielt. Konkret bündelt sich der Argwohn der britischen Öffentlichkeit auf das britisch-libysche Abkommen über die Repatriierung von Gefangenen, das im letzten April endlich in Kraft trat. Eben erst veröffentlichte Dokumente belegen zweifelsfrei, dass Jack Straw ursprünglich entschlossen war, Megrahi von diesem Vertrag auszuschliessen. Doch in der zweiten Jahreshälfte 2007 kam er unter Druck: Die Libyer beharrten auf Allgemeingültigkeit, die Schotten wollten den gesamten Lockerbie-Fall ausnehmen. Gleichzeitig schickte die britische Öl-Firma BP den ehemaligen Geheimdienstagenten Sir Mark Allen ins Gefecht. Er drängte Straw, die libyschen Wünsche zu erfüllen, denn für BP stand ein Auftrag von 900 Millionen Dollar auf dem Spiel. Im Dezember knickte Straw ein; er begründete dies gegenüber seinem schottischen Kollegen mit dem «nationalen Interesse». Sechs Wochen später wurde der BP-Kontrakt unterschrieben.
Quelle: NZZ
20. **Zu guter Letzt: Reinhard Mey – Sei wachsam**
Quelle: YouTube